LZ-Rheinland

Artikel vom 03.06.2026 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 16:29 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/praevention-durch-ernaehrungspolitik

Prävention durch Ernährungspolitik



Foto: imago/Bihlmayerfotografie

„Wirtschaftsweise“ empfehlen unter anderem eine Zuckersteuer

Um die Kosten des deutschen Gesundheitssystems langfristig unter Kontrolle zu bringen, empfehlen die sogenannten Wirtschaftsweisen eine stärker auf Prävention ausgerichtete Ernährungspolitik. In ihrem Frühjahrsgutachten sprechen sich die Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unter anderem für Lenkungssteuern auf Alkohol und stark zuckerhaltige Lebensmittel sowie für Werbebeschränkungen bei bestimmten Produkten aus.

Ein Schwerpunkt des Gutachtens der Ökonominnen und Ökonomen liegt auf Reformoptionen für die Kranken- und Pflegeversicherung. Deutschland verfüge im internationalen Vergleich über eines der teuersten Gesundheitssysteme, heißt es darin. Kostentreiber seien dabei nicht nur historisch gewachsene Eigenheiten etwa der hiesigen Krankenhauslandschaft oder der Krankenkassenstrukturen, sondern auch gesundheitsschädliche Verhaltensweisen wie Alkohol- und Tabakkonsum, Bewegungsmangel sowie unausgewogene Ernährung. Insbesondere bei Präventionsmaßnahmen im Ernährungsbereich schneide Deutschland im internationalen Vergleich schlecht ab, so die Wirtschaftsweisen.

So würden Instrumente wie der Nutri-Score oder verbindliche Standards für gesunde Ernährung in Kitas und Schulen weiterhin nicht verpflichtend umgesetzt. Reine Informationsangebote seien zwar ein wichtiger Bestandteil der Prävention, jedoch „nur begrenzt wirksam“, schreiben die Gutachter. Denn sie setzten voraus, dass Menschen gesundheitsbezogene Informationen aktiv wahrnehmen, verstehen und im Alltag tatsächlich in Verhaltensänderungen umsetzen. Dies spricht laut Gutachten dafür, Informations- und Bildungsangebote durch Instrumente zu ergänzen, wie etwa Werbeverbote und Marketingregeln sowie verbindliche Standards für gesunde Ernährung in Kitas und Schulen. Der Staat könne zudem in der Verhaltensprävention gezielt die Lenkungswirkung von Preissignalen nutzen, heißt es weiter im Gutachten. Über Steuern oder Mindestpreise könnten die Verbraucherpreise erhöht und damit gesundheitsschädlicher Konsum reduziert werden. Als Beispiele für Produkte für derartige Eingriffe nennen die Wirtschaftsweisen neben Tabak und Alkohol auch stark zuckerhaltige Lebensmittel.

AgE